

SWR2 Feature

Gesetz gegen Ausbeutung

Sollen Unternehmen für ihre Lieferketten Verantwortung übernehmen?

Von Caspar Dohmen

Sendung: Mittwoch, 4. November 2020

Redaktion: Wolfram Wessels

Regie: Günter Maurer

Produktion: SWR 2020

SWR2 Feature können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/swr2-feature-podcast-100.xml>

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

Atmo Autos, Presslufthammer, Muezzin

Autor:

Sommer 2019. Bangladesch. Ich stehe in der Industriestadt Sabhar vor der Baulücke, wo früher der Mehrzweckbau Rana Plaza stand. Acht Stockwerke. Banken. Büros. Fünf Textilfabriken. Kollabiert am 24. April 2013. Das größte Unglück in der Geschichte der Textilindustrie. Passanten eilen vorbei, eine Frau in einem Sari hält inne.

OT Moxuda

Übersetzerin:

„Meinen Sohn haben die Rettungskräfte zwei Tage nach dem Einsturz tot geborgen. Er war 18 Jahre alt. Ich komme regelmäßig her und bete für ihn. Dabei treffe ich immer wieder Mütter von anderen Opfern der Katastrophe.“

Atmo Klangperformance Arbeit / 100-Jahr-Feier der ILO in Berlin

Autor:

Schnell stand fest: Die Fabrik hätte es in der Form nicht geben dürfen. Hätten sich alle an die Regeln gehalten und menschliche Vernunft walten lassen, wären die 1.134 Menschen nicht gestorben und weitere 2.400 Menschen verletzt oder verstümmelt worden. Offiziell ließen zwölf Firmen hier produzieren als die Katastrophe passierte. Benetton, El Corte Inglés, KiK und Mango gehörten dazu. Waren sie mitverantwortlich für die Toten und Verletzten? Oder lag die Schuld bei dem Gebäudebesitzer, der die Bauvorschriften des Landes missachtete? Bei den Unternehmern, die ihre Arbeiter schlecht behandelten? Bei den Behörden, die wegschauten? Oder den Konsumenten, die die Waren kauften? Der Globalisierung? Unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem?

Zitator:

Gesetz gegen Ausbeutung

Sollen Unternehmen für ihre Lieferketten Verantwortung übernehmen?

Ein Feature von Caspar Dohmen

Autor:

2019 hat das Landgericht Dortmund Schadensersatzklagen von Opfern der Katastrophe gegen das Textilunternehmen KiK als verjährt zurückgewiesen. Damit blieb die zentrale Frage unbeantwortet,

Sprecherin:

ob ein deutsches Unternehmen nach geltendem Recht für die Zustände bei einem Lieferanten in Haftung genommen werden könnte.

Autor:

Würde sich die Bundesregierung nun zu dem Lieferkettengesetz durchringen, das sie im Koalitionsvertrag 2018 der Wirtschaft für den Fall angedroht hatte, dass die deutschen Unternehmen nicht selbst ausreichend für die Einhaltung von Menschenrechten bei ihren Zulieferern sorgen? Seit Jahren recherchiere ich die

Arbeits-Bedingungen in Fabriken und Betrieben in Ländern, die billig für global agierende Unternehmen produzieren. D. h. ihnen Produkte zuliefern, die sie weiterverarbeiten und vermarkten. Ich wollte dem Alltag der globalen Arbeitsteilung mit seinen langen Lieferketten auf die Spur kommen. Immer wieder reiste ich dorthin, wo die Lieferketten beginnen, die in unseren Kaufhäusern und Onlineshops enden. Eine Zahl geht mir dabei nicht aus dem Kopf: rund 6.000 Menschen sterben täglich bei oder infolge ihrer Arbeit. Aber was geschieht? 2019 schreiben die Regierungsparteien CDU und SPD die Forderung nach einem Lieferkettengesetz in ihre Parteiprogramme. Zu wenige Unternehmen setzten die menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten ausreichend um.

Autor:

Wenige Wochen nach dem Unglück von Rana Plaza 2013 hatte ich Sandra Dusch Silva von der Christlichen Initiative Romero getroffen. Sie setzt sich für Arbeits- und Menschenrechte vor allem in Lateinamerika aber auch in anderen Teilen der Welt ein. An der Wand ihres Büros hängen Plakate gegen Hungerlöhne für Näherinnen und für einen anderen Konsum.

OT Sandra Dusch Silva:

„Ja, also die Christliche Initiative Romero möchte die Stimmlosen unterstützen, sie möchte denen eine Stimme geben, die keine haben und heutzutage haben ganz viele, die unsere Konsumgüter herstellen keine Stimme und für sie wollen wir uns solidarisch zeigen.“

Autor:

Sie zeigte mir ein Video, aufgenommen von Gewerkschaftern aus Bangladesch.

Atmo Video

Autor:

Ich sehe eine verzweifelte Frau inmitten der Trümmer von Rana Plaza. Sie hätten alle schreckliche Angst gehabt, wegen der Risse in den Wänden, sagt sie. Andere Betriebe in dem Gebäude hätten ihre Leute nach Hause geschickt. Sie mussten weiter nähen, bis zum bitteren Ende. Sie verlor einen Arm, mehr als tausend andere ihr Leben.

OT Sandra Dusch Silva:

„Ja, das war schockierend, weil man auch erst einmal nicht weiß, wie man darauf reagieren soll. Auf der einen Seite schockierend, wenn man sich vorstellt, dass man schon so häufig, also dass es so absehbar war, dass es passiert. Also man konfrontiert Unternehmen damit, dass es da Probleme gibt, dass die Audits nicht funktionieren. Man macht Studien dazu, man schickt sie. Man hat Gespräche und es ändert sich nichts. Das ist so, ja, das ist frustrierend, wenn man dann so eine Nachricht liest, dass so viele Menschen sterben und leiden müssen, bevor es wahrgenommen wird.“

Autor:

Die Christliche Initiative Romero kämpfte damals schon fast ein Vierteljahrhundert zusammen mit 200 anderen Organisationen für menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Näherinnen in Lieferketten. Sie deckten Skandale auf und machten Verbesserungsvorschläge, aber die strukturellen Missstände blieben: Hungerlöhne, Gewerkschaftsfeindlichkeit und marode Fabriken.

Atmo Tuomo Poutiainen „*But from an occupational (...)*“

Übersetzer:

Mit Blick auf Arbeitsschutz und -sicherheit und Gesundheit sind Textilfabriken kein sehr gefährliches Geschäft. Es ist auch nicht die gefährlichste Arbeit hier.

(...) Look at the buses. And the Bus boys driving around.”

Autor:

Tuomo Poutiainen leitet das Büro der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Bangladesch. Bei unserem Gespräch im Sommer 2019 blicke ich durch die Fenster des Konferenzraumes auf einen Slum. Davon gibt es viele in dem südasiatischen Land. Von zehn Menschen wohnen drei bis vier in einem Slum, auch viele der Frauen und Männer, die in den tausenden Exportfabriken des Landes nähen.

Atmo Tuomo Poutiainen „*When Rana Plaza happened (...)*“

Übersetzer:

Als das im Rana Plaza passierte, war eines der wichtigsten Dinge, die die ILO sagte: Wir müssen dabei helfen, das Arbeitsministerium und das System der Arbeitsinspektion zu reformieren, weil es unmöglich ist, dass 60 Leute mehrere hunderttausend Fabriken überwachen.

(...) of hundreds of thousands of factories.”

Autor:

60 Arbeitsinspektoren für hunderttausende Fabriken? Das ist organisierte Verantwortungslosigkeit. Viele Textilfabrikanten sitzen im Parlament und in der Regierung und entscheiden also mit über den gesetzlichen Mindestlohn oder die Fabrikaufsicht. Ein klassischer Interessenkonflikt. Immerhin stimmte die Regierung nach dem Unglück unabhängigen Kontrollen der Textil-Exportfabriken zu. Die Kontrolleure fanden mehr als 150.000 Mängel. Fabriken mussten schließen. 1.200 saniert werden. Wie sähe die Bilanz aus, hätte man alle Fabriken in Bangladesch kontrolliert? Etwa auch die Textilfabriken, die für das Inland produzieren, oder die Gerbereien und Chemiefabriken? Wie viele tickende Zeitbomben gibt es? Ein pakistanischer Geschäftsmann hat mir einmal erzählt, wie er den Alltag in einer Lieferkette erlebt hat.

OT Monty:

„I remember – I will not name the company that company still exist in Germany (...)

Übersetzer:

Ich werde den Namen der Firma nicht nennen, sie existiert noch in Deutschland. Vor vielen Jahren, als ich selbst noch Fabrikant war, in den 80er Jahren. Der Chefeinkäufer dieses Unternehmens kam zum Hotel, nahm sich die große Suite. Saß in der Suite und bestellte die Zulieferer. Er war ein sehr erfahrener Einkäufer. Wusste sein Chef, dass dieser Mann Businessclass fliegt, sich eine Suite nimmt und den halben Tag damit verbringt die Order im Hotelraum zu diskutieren? Das hätte er machen können, ohne zu kommen. Sein Job hätte es sein müssen, in die Fabriken zu gehen. Unglücklicherweise brauchte es Tragödien, um diese Dinge zu verändern.

(...) Now unfortunately it takes tragedies or situations for people to change."

Autor:

Wie produzierten die Fabriken? Gibt es Brandschutz? Arbeiten Kinder in den Fabriken? Warum kommt es regelmäßig zu Unfällen? Das war den Einkäufern aus dem Westen die längste Zeit offenbar herzlich egal, so lange die Bekleidung billig produziert und pünktlich geliefert wurde. Sie diktierten die Preise für die Lieferanten und scherten sich um die Folgen nicht.

Atmo Klangperformance Arbeit**Autor:**

Globaler Handel ist im Grunde nichts Neues: Europäische Unternehmen beschafften sich seit der Kolonialzeit über globale Lieferketten Rohstoffe: Gold, Baumwolle, Zucker. Sie beuteten versklavte Menschen und Einheimische aus. Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts gingen Unternehmen einen Schritt weiter und verlagerten in großem Stil Teile ihrer Produktion aus den Industrieländern in Länder, in denen die Löhne niedriger, die Produktionskosten geringer waren. So wichen sie gleichzeitig höheren Standards aus, die hierzulande an Arbeitsbedingungen und Umwelt gestellt wurden. Georg Barfuß – langjähriger Manager erklärte mir die ökonomischen Hintergründe:

OT Georg Barfuß:

„Wir müssen jedes Jahr Kostenreduktionen liefern, bei gleicher Qualität und dann führt das dazu, dass wir die Lieferkette global machen. Da gibt es den schönen Satz ‚Je weiter nach Osten, desto billiger die Kosten‘. Inzwischen sind wir halt in Ländern wie Moldawien angekommen, inzwischen sind wir in Tunesien und in Ägypten und auch in Südostasien.“

Autor:

Georg Barfuß arbeitete bei dem Automobilzulieferer Dräxlmeier, einer bayrischen Technologieschmiede mit rund 1000 Zulieferern. Über Risiken habe man lange hinweggesehen.

OT Georg Barfuß:

„Da hat man gesehen, es gibt einen Lohnkostenvorteil, die Qualität kriegt man auch hin, aber die ganzen Risiken, die man sich mit global verteilten Lieferketten einkauft und als Rucksack hinten drauf spannt, die haben wir am Anfang gar nicht gesehen. Da war nur das kurzfristige positive, günstig, günstig.“

Atmo Nähen

Autor:

Die Stadt Gurgaon im Großraum Delhi. „Keine Kinderarbeit“ steht auf einem roten Schild an der Einfahrt des Mittelständlers Rakheja Enterprises. 2014 war ich dort. Hinter der Einfahrt gehe ich an einem kleinen Hindutempel vorbei und betrete die Fabrik. Nähmaschinen rattern.

Autor:

Ventilatoren kreiseln. Eine Stoffsäge kreischt.

Atmo Stoffsäge

Autor:

Ein Arbeiter zeichnet mit Kreide auf einem dicken Stapel Stoffe die Silhouette der Vorderseite eines T-Shirts auf. Ein anderer führt eine Bandsäge entlang der Kreidelinie. Stoffballen türmen sich in Regalen. Blaue Schilder weisen auf die Auftraggeber hin. Jac Jac aus Frankreich. Zero aus Deutschland. Primark Stores aus Irland. Ich blicke in ein freundliches Gesicht mit tiefen Augenringen.

OT Rajesh Rakheja:

„The Founder of the Company was my elder brother. He started in 74. We do hundred percent exports means we don't work for local markets.“

Übersetzer:

Mein älterer Bruder hat die Firma gegründet. Er begann 1974 und produzierte ausschließlich für den Export.

Autor:

Sie arbeiteten damals als Zwischenhändler. Sie nahmen also Aufträge von Verkaufsagenten westlicher Firmen an und ließen die eigentliche Arbeit von Sweatshops erledigen, Billigproduktionsbetrieben. Der Arbeitsdruck dort ist brutal. Als das Geschäftsmodell in Verruf geriet, gründeten sie selbst ein Werk. Der Fabrikant erzählt von der Goldgräberstimmung, die Mitte der 2000er Jahre ausbrach. Damals beendeten die Industrieländer den Schutz ihrer eigenen Textilindustrie. Sofort verlagerten die Firmen im reichen Norden fast die gesamte Bekleidungsproduktion in den globalen Süden, wo Arbeitskraft billig zu haben war. Rajesh Rakhejas Familie betreibt inzwischen drei Fabriken. Das Auftragsvolumen stieg, die Löhne blieben niedrig.

Atmo Etikettieren

Autor:

Neelam schaut durch eine einfache Metallbrille konzentriert auf eine Bluse und säubert sie von Fadenresten. Weil ihr Mann erkrankte, musste sich die dreifache Mutter einen Job suchen, was für sie schwierig war. Wegen einer schweren Kinderkrankheit leidet sie unter einer Rückgratverkrümmung. Zur Arbeit kommt sie

mit einer speziellen Fahrradrickscha, die sie mit den Armen statt mit den Beinen antreibt. Ich setze mich mit ihr und einem Übersetzer in einen Nebenraum, will ungestört sprechen.

OT Ganga Sharma und Neelam

Übersetzerin:

Mir macht weniger die tägliche Arbeitsbelastung zu schaffen. Ich darf hier außerdem sitzen, anders als bei meinem vorherigen Arbeitgeber. Mir macht die Unsicherheit zu schaffen. Wenn keine Arbeit da ist, werden wir nach Hause geschickt. Und ich verdiene nur 6.500 Rupien.

Autor:

2014 umgerechnet 84 Euro, der monatliche Mindestlohn. Den verdienen fast alle hier, auch ihre Tochter, die ebenfalls in der Fabrik arbeitet. Trotz des doppelten Lohns reicht es vorne und hinten nicht für die Familie.

Der Chef greife Einzelnen auch mal finanziell unter die Arme, erzählen mir andere Arbeiterinnen, wenn die teure Hochzeit einer Tochter anstehe oder der Bau einer Hütte. Solche individuellen Hilfen sind sympathisch, lösen aber nicht die systemische Armut unter den Textilarbeitern. Das weiß Rajesh Rakheja und er kennt auch die Erwartungen und finanziellen Nöte seiner Beschäftigten.

OT Rajesh Rakheja:

„We know the prices in India (...)“

Übersetzer:

Wir kennen die Preise in Indien. Wir wissen wie schwierig es für sie ist ein gutes Leben mit dem Lohn zu führen, den wir zahlen. Ich würde ihnen gerne die Löhne stärker erhöhen, damit sie ein besseres Leben führen können. Aber es gibt Grenzen und ein Preisproblem.

(...) But their is a limitation. There is a price problem also.“

Autor:

Der Unternehmer beteuert, er könne aufgrund des harten Wettbewerbs nicht mehr zahlen als jetzt. Er sieht die eigene Regierung in der Pflicht, per Gesetz gleiche und bessere Bedingungen für alle zu schaffen.

OT Rajesh Rakheja:

„The government should think about it and increase the minimum wages.“

Übersetzer:

Die Regierung sollte über eine Erhöhung des Mindestlohns nachdenken.

Autor:

Was es bräuchte ist hinlänglich bekannt. Um ihre Grundbedürfnisse zu decken, bräuchten zum Beispiel Näherinnen in Indien gegenwärtig eine Lohnsteigerung um den Faktor 2,8 und in Bangladesch um 4,8. Aber es geht bei der Bestimmung des gesetzlichen Mindestlohns eben oft weniger darum, was Menschen wirklich

brauchen, sondern was Unternehmen zahlen wollen. Es geht um wirtschaftliche Macht.

Atmo Klangperformance Arbeit

Autor:

Was Lieferketten bedeuten, begriff ich Anfang der 2000er Jahre bei einem Seminar der Bertelsmann-Stiftung für Nachwuchsjournalisten. Ein Unternehmensberater beschrieb dort das strategische Denken in Wertschöpfungsketten als das A und O für moderne Manager. Ein Unternehmen zergliedert demnach seine Wertschöpfung in einzelne Teile, die ausgelagert werden können, und beschränkt sich selbst auf diejenigen mit der höchsten Wertschöpfung. Diesen Strategiewechsel hat Michael Porter von der Harvard Business School, einer Kadenschmiede für Topmanager erstmals 1985 beschrieben in seinem Lehrbuch „Wettbewerbsvorteile“.

Zitator:

„Lieferanten wählen, die in besonders intensivem gegenseitigem Wettbewerb stehen, und die Einkäufe auf sie verteilen. Den auf Lieferanten übertragenen Geschäftsanteil im Lauf der Zeit verändern, so dass sie ihn nicht als Anspruch empfinden (...) Hochqualifiziertes Einkaufspersonal einstellen, um raffinierte Einkaufsmethoden anwenden zu können (...) Ein Unternehmen sollte sich für diejenigen Lieferanten entscheiden, die am leistungsstärksten sind oder die, auf die Wertkette des Unternehmens bezogen, das in der Anwendung billigste Produkt anbieten.“

Autor:

Viele Firmen trennten sich aufgrund dieses Denkens sogar ganz von ihrem eigentlichen Herzstück: der Produktion. Damit entledigten sie sich gleich auch ihrer Verantwortung für die Menschen, die ihre Waren herstellten, ob Schuhe, Kleidung, Spielzeug, Haushaltswaren oder Unterhaltungselektronik. Es sollte sich für sie lohnen: Bei grenzüberschreitend tätigen Unternehmen klingelten die Kassen. Alleine die größten 30.000 multinationalen Konzerne haben ihre Umsätze zwischen 1989 und 2013 von 56 auf 130 Billionen Dollar mehr als verdoppelt und ihren Gewinn sogar im gleichen Zeitraum verfünffacht. Sie drückten also ihre Kosten drastisch, was nur über Hungerlöhnen bei vielen Zulieferbetrieben zu erreichen war. Dagegen stiegen die Gehälter und Boni von Managern in unanständige Höhen, genauso wie die Ausschüttungen der Konzerne an ihre Eigentümer. Die Verantwortung für diese Entwicklung tragen aber nicht nur die Unternehmer. Die indischen Gewerkschafterin Dithhi Bhattacharya macht auf die politische Dimension dieser Entwicklung aufmerksam:

OT Dithhi Bhattacharya:

„I wouldn't say it's only the transnational companies. (...)“

Übersetzerin:

Wir müssen auch an die Regierungen der Länder denken, in denen diese transnationalen Unternehmen angesiedelt sind. Denn es ist eine Sache zu sagen, dass alle transnationalen Unternehmen staatenlos sind und sie niemanden haben, der sie reguliert, aber das stimmt nicht. Der Punkt ist, je mehr Gewinn ein transnationales Unternehmen am Ende des Tages einstreicht, desto mehr Steuern

zahlt es in seinem Heimatland. Damit hat das Heimatland auch Interesse an dem Gewinn, den die transnationalen Unternehmen machen.

(...) has interest in the profits the transnational companies made."

Autor:

Wobei viele Konzerne auch Wege finden, um ihre Steuern zu minimieren. Dennoch: die Staaten hielten an der strategischen Wende fest, auch als deren Schattenseite sich immer deutlicher zeigte: Ein Zulieferer von C&A entließ auf den Philippinen 1989 tausend Arbeiter. Sie hatten es gewagt zu streiken, um den gesetzlichen Mindestlohn zu erhalten. 1991 gab es einen Skandal wegen 14-Cent-Stundenlöhnen bei einem Zulieferer des US-Sportartikelherstellers Nike in Indonesien. Missstände wurden publik in den Lieferketten von Walmart, Gap, Target, Otto, Tchibo und vielen anderen. An verbindliche Mindeststandards für die Lieferketten war aber noch nicht zu denken. Sie passten nicht zum neoliberalen Zeitgeist. Stattdessen wurden Appelle erlassen: Unternehmen sollten freiwillig Verantwortung übernehmen. Wie das aussah, zeigte sich an Ölkonzernen, die weltweit agieren.

Musik Blakk Rasta: *Ogoni Rebellion (Ken Saro Wiwa)*

Autor:

Der Schriftsteller Ken Saro-Wiwa führte Anfang der 90er Jahren einen friedlichen Protest der Ogoni gegen die Aktivitäten von Ölkonzernen im Nigerdelta an. Rund eine halbe Millionen Menschen gehören dem kleinen Volk an. Traditionell leben sie von Ackerbau und Fischfang. Aber das ging immer schlechter, weil die dortige Ölförderung Land, Wasser und Luft verschmutzte und damit die Lebensgrundlagen der Ogoni zerstörte. Die Bewegung brachte die Missstände in die Weltöffentlichkeit.

Atmo Ken Saro-Wiwa: *„I accuse the ethnic majority who run Nigeria of practicing Genocide (...)*

Übersetzer:

Ich beschuldige die ethnische Mehrheit, die Nigeria regiert, Völkermord an der Bevölkerung der Ogonie zu begehen. Ich beschuldige die Ölgesellschaften, die im Land der Ogonie Öl fördern, den Völkermord zu unterstützen. Ich beschuldige Shell und Chevron, Rassismus gegen das Volk der Ogonie zu praktizieren, weil sie hier tun, was sie in anderen Teilen der Welt nicht tun, wo sie nach Öl schürfen.

(...) what they do not in other parts of the world where they prospect for oil."

Autor:

Die friedlichen Proteste der Ogoni wurden erstickt, Ken Saro-Wiwa und acht weitere Aktivisten in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet. Shell hatte in Nigeria prächtig verdient: alleine von 1958 bis 1993 schätzungsweise 100 Milliarden US-Dollar. Doch Shell geriet in den 90er Jahren auch in Europa unter Druck: wegen der geplanten Versenkung der Ölverladeplattform Brent Spar in der Nordsee.

Atmo Aktivist: *„There time in Germany there was a public debate (...)*

Übersetzer:

Zu der Zeit gab es in Deutschland eine öffentliche Debatte, wie man mit Müll umgehen soll. Jeder sammelte alte Zeitungen, altes Glas und Plastik und packte es in spezielle Behälter an der Straße. Dann kam die Nachricht, dass Shell eine alte Ölplattform versenken will ins Meer, um den Müll in die Natur zu kippen.

(...) in the nature.“

Autor:

Äußert sich ein Greenpeace Aktivist gegenüber der BBC. Unvergessen sind die Bilder von der Besetzung der Plattform durch Aktivisten 1995. Und dann boykottieren Verbraucher die Zapfsäulen von Shell. Der Konzern gab nach, versenkte die Plattform nicht und änderte seine Strategie. Er gab sich einen Verhaltenskodex und veröffentlichte als erster Weltkonzern 1998 einen Report über sogenannte Corporate Social Responsibility – zu Deutsch: Soziale Verantwortung von Unternehmen. Solche Verhaltenscodices werden fortan zu gängigen Reaktionen von Unternehmen auf Missstände in ihren Lieferketten. Ein Jahr später erhält dieser Ansatz höchste politische Weihen. UN-Generalsekretär Kofi Annan wirbt unter der Managerelite beim Weltwirtschaftsforum 1999 in Davos dafür.

OT Kofi Annan:

„I propose (...)

Übersetzer:

Ich schlage vor, dass Sie, als die hier in Davos versammelten Wirtschaftsführer, und wir als die Vereinten Nationen einen globalen Pakt gemeinsamer Werte und Prinzipien ins Leben rufen, der dem globalen Markt ein menschliches Antlitz gibt.

(...) will give a human face to the global market.“

Autor:

Der sogenannte Global Compact wird aus der Taufe gehoben. Mit ihrer Unterschrift verpflichten sich Konzerne zur Einhaltung von zehn universell anerkannten Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung. Das fällt ihnen leicht, da eine unabhängige Prüfung, ob die Selbstverpflichtung auch eingehalten wird, nicht stattfinden soll. Es sind auch keine Sanktionen vorgesehen bei einem Verstoß gegen sie. Menschen und Umwelt hilft das wenig, aber es ist eine gute Werbung. Tausende Unternehmen unterschreiben. Zehn Jahre später sieht die Welt ganz anders aus.

Atmo: „*Good morning Ladies and Gentleman and welcome to this very interesting and important session where we reflect on the values of capitalism.“*

Autor:

Als die Wirtschaftselite sich 2009 in Davos wieder trifft ist sie unter dem Eindruck der verheerenden Finanzkrise ziemlich kleinlaut. Auf dem Podium diskutieren Politiker

und Konzernchefs wieder einmal über einen verantwortlichen Kapitalismus. Tony Blair, ehemaliger Regierungschef Großbritanniens:

OT Tony Blair:

„What we can dry from the painful experience (...)

Übersetzer:

Was wir aus der schmerzhaften Erfahrung der Finanzkrise lernen können, ist das, was ich das Konzept des Stakeholder-Kapitalismus nenne. In anderen Worten: Ein Konzept, in dem ein breiterer Ansatz als die kurzfristige Gewinnmaximierung der Unternehmen bestimmt, wie wir in Zukunft weitermachen wollen.

(...) into the future.

Autor:

Und wieder denkt der Generalsekretär der Vereinten Nationen weiter

OT Michael Windfuhr:

„2005 war es dann so, dass Kofin Annan noch einmal gesagt hat, wir müssen eigentlich doch überlegen, ob wir da nicht weiterkommen können und Unternehmen auch tatsächlich an soziale, menschenrechtliche und auch ökologische Standards noch stärker binden können.“

Autor:

Michael Windfuhr, Vizedirektor des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Der UN-Menschenrechtsrat erteilte dem Harvard-Professor John Ruggie ein Mandat. Sechs Jahre später legte er die sogenannten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte vor.

OT Michael Windfuhr:

„Die heute Grundlage sind für alle Debatten, die wir gerade haben. Er betont schon, dass die Staaten die eigentliche völkerrechtliche Verantwortung haben, aber er sagt die Unternehmen haben eben auch eine Verantwortlichkeit und die kann man nicht negieren und die kann man auch sogar benennen. Er hat das dann menschenrechtliche Sorgfaltspflicht genannt, die beachtet werden muss. Und damit hat er sozusagen das Feld neu bestellt.“

Autor:

Der UN-Menschenrechtsausschuss stimmte 2011 einstimmig für diese Prinzipien. Wie sie umgesetzt werden, ist Sache jedes einzelnen Landes. Mehr als 50 Staaten haben seitdem sogenannte Nationale Aktionspläne für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Die Bundesregierung beließ es nach massivem Druck der Wirtschaft 2016 beim Prinzip Freiwilligkeit. Die Unternehmen hatten es selbst in der Hand, dass es dabei blieb. Dafür musste nur die Hälfte der Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten erfüllen, eigentliche eine Selbstverständlichkeit. Der Sozialausschuss der Vereinten Nationen rügte die deutschen Maßnahmen im Oktober 2018 als unzureichend und kritisierte die „ausschließlich freiwillige Natur der

menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten“. Die Zivilgesellschaft entdeckte in dieser Kritik einen Hebel für die Forderung nach Veränderung. Franziska Humbert von Oxfam:

OT Franziska Humbert:

„Richtig uns eingesetzt haben eben als wir das politische Fenster gesehen haben mit den UN-Leitprinzipien, dann mit dem Nationalen Aktionsplan, wo dann eben auch diese Passage drin stand, dass man jetzt mal ausprobiert: Ob Unternehmen das freiwillig können oder ob man ein Gesetz braucht. Ja, als dann diese Passage in dem Aktionsplan drin stand, da begann die Idee sich zu formieren, dass doch jetzt eine konkrete Kampagne daraus zu machen. Als dann die Passage im Koalitionsvertrag auch noch auftauchte, ja, da war das Momentum da. Das konnte man sich nicht entgehen lassen.“

Autor:

Niemand weiß genau, wie oft Unternehmen gegen Arbeits-, Menschen- und Umweltrechte verstoßen. Ein wichtiger Hinweis auf das Ausmaß liefert eine Studie der Universität Maastricht von 2015. Forscher hatten 1800 öffentlich zugängliche Beschwerden aus einem Zweijahreszeitraum analysiert. Spitzenreiter mit 511 Beschwerden waren Firmen aus den USA. Dann folgten Großbritannien, Kanada und China. Deutschland belegte mit 87 Beschwerden Platz fünf in diesem Negativranking. In je 45 Prozent der Fälle wurde Konzernen angekreidet, die Rechte von Arbeitnehmern oder Angehörigen indigener Bevölkerungen verletzt zu haben. In den restlichen Fällen sahen die Beschwerdeführer die Menschenrechte von Verbrauchern verletzt. Laut einer Studie des Peace Information Service von 2019 gab es auch bei 23 der 30 im Deutschen Aktienindex vertretenen Unternehmen innerhalb von zehn Jahren Vorwürfe wegen Menschenrechtsvergehen. 20 Jahre nach der Rede von Kofi Anan in Davos.

Atmo Trommler

Autor:

Auch die deutsche Regierung tut sich nach wie vor schwer. Knapp ein Jahr nach der Katastrophe von Rana Plaza erlebte ich Entwicklungshilfeminister Gerd Müller bei einer Veranstaltung zu fairem Handel. Er beklagte, wie wenig Konsequenzen aus dem weitgehenden Scheitern der Selbstverpflichtungen gezogen worden seien. Er kündigte an diesem Tag die Gründung eines runden Tisches der Textilwirtschaft an, um die Situation in den Lieferketten zu verbessern. Schon wieder ein runder Tisch, dachte ich. Es gab sie schon für Kakao oder Palmöl und sie brachten wenig. Auch jetzt wurden auf Druck der Unternehmen die Kriterien für das Textilbündnis maximal verwässert. Aber immerhin spricht Gerd Müller Klartext, als ich ihn in seinem Büro treffe.

OT Gerd Müller:

„Es kann nicht sein, dass unsere Firmen in Europa bei der Produktion außerhalb des EU-Raumes Verhältnisse wie im 19. Jahrhundert zur Grundlage machen. Und diese Verhältnisse gibt es nicht nur in der Textilwirtschaft, in der Minenwirtschaft, in der Plantagenwirtschaft in vielfältiger Weise. Ich habe Minen besucht, Plantagen besucht, ich habe mir das vor Ort angeschaut und bin entschieden, ein

entschiedener Kämpfer, Standards, die wir in Europa halten, nicht dadurch zu unterlaufen, dass wir externalisieren, die Produktion auslagern und wie im früheren Kolonialzeiten Menschen in Afrika behandeln wie in vergangenen Jahrhunderten, nämlich sie ausbeuten, keinen existenzsichernden Lohn bezahlen, Kinder beschäftigen und zu Lasten von Umwelt und Natur produzieren.“

Autor:

Schon 2014 drohte der Minister mit einem Lieferkettengesetz, sollten die Unternehmen nicht freiwillig tun, was notwendig sei. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass er diese Drohung wahr machen würde, selbst, wenn er es wollte. Hatte ein Entwicklungsminister im Machtgefüge der Bundesregierung nicht eine eher schwache Stellung? Wenn die Belange deutscher Unternehmen tangiert sind, geht doch nichts am Wirtschaftsministerium vorbei, oder? Dort standen natürlich später die Lobbyisten großer Wirtschaftsverbände auf der Matte, um ein Lieferkettengesetz a la Müller zu verhindern. Denn ich hatte mich geirrt. Gerd Müller machte ernst. War die Zeit tatsächlich reif für einen politischen Kurswechsel in puncto menschenrechtlicher Unternehmensverantwortung?

Atmo Spot Auswärtige Amt

„Das 21. Jahrhundert steht im Zeichen einer vernetzten Weltwirtschaft, dadurch ergeben sich auch für Unternehmen Chancen. Aber mit den Chancen wächst auch die Verantwortung. In Deutschland genießen die Menschenrechte hohe Achtung, die Verantwortung dafür soll jetzt wirkungsvoll auf die globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten deutscher Unternehmen ausgeweitet werden, weltweit. Deutschland erstellt dafür einen Aktionsplan.“

Autor:

Mit diesem Spot warb die Bundesregierung 2014 für den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte. Er resultierte aus den Leitlinien für Wirtschaft- und Menschenrechte der Vereinten Nationen von 2011. Einige Regierungen hatten erste Verbindlichkeiten geschaffen. In Großbritannien, Kalifornien und Australien müssen Unternehmen Rechenschaft ablegen, ob sie sich mit Sklaverei in ihrer Lieferkette beschäftigen. Die Niederlande beschlossen ein Gesetz gegen Kinderarbeit in der Lieferkette und Frankreich eines für allgemeine menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Konzerne. Zum Entsetzen der Wirtschaftslobby nahm die französische Regierung heimische Unternehmen mit 5.000 Beschäftigten oder weltweit 10.000 Beschäftigten in die menschenrechtliche Verantwortung.

OT Elisabeth Gambert:

„Ja, die greift potenziell sehr weit, diese Verantwortung.“

Autor:

Die Juristin Elisabeth Gambert beschäftigt sich beim Verband großer französischer Unternehmen mit dem Gesetz.

OT Elisabeth Gambert:

„Wenn es zu dem Schluss kommt vor Gericht, dass ein wirksamer Sorgfaltsplan diese Menschenrechtsverletzung hätte verhindern können, dann ist das

auftraggebende französische Mutterunternehmen oder auftraggebende Unternehmen verantwortlich, also im zivilen Sinn der zivilen Haftung.“

Autor:

Die Verantwortung umfasse neben dem Mutter- und Tochterunternehmen auch Zulieferer, wenn eine gefestigte Geschäftsbeziehung bestehe, sagte sie mir am Rande einer Veranstaltung des Verbandes der chemischen Industrie in Berlin. Dort hörten ihr im September 2019 Vertreter der deutschen Industrie aufmerksam zu, was sie über das französische Gesetz zu sagen hatte. Das Thema war im Zentrum des politischen Berlins angekommen. Es stand inzwischen auf der politischen Agenda der Bundesregierung und gerade hatten sich mehr als hundert Organisationen zusammengeschlossen und forderten ein Lieferkettengesetz. Auch einige Unternehmen setzten sich offensiv für ein solches Gesetz ein. Tchibo führte sogar eine Veranstaltung in der Hauptstadt durch - mit dem provokanten Titel: „Über Fairness in unfairen Zeiten - oder: das Ende der Nachhaltigkeit?“ Organisiert hatte sie die Managerin Nanda Bergstein.

OT Nanda Bergstein:

„Ich finde, wir müssen uns heute nicht mehr darüber unterhalten, ob freiwillige Initiativen jetzt noch mehr bringen werden oder nicht. Wir wissen doch, wie die Zustände vor Ort sind. Wir haben das schon ausreichend oft konstatiert. Ehrlicherweise als ich anfang in 2005, habe ich, glaube ich, angefangen zu arbeiten. Da gab es damals schon eine Studie von der Kampagne für saubere Kleidung, die das schon klar konstatiert hat. Und weil wir es wissen, glaube ich, müssen wir einfach mal über einen Paradigmenwechsel sprechen.“

Autor:

Weg von der Freiwilligkeit hin zu Verbindlichkeit. Diesen Paradigmenwechsel fordern inzwischen 51 Unternehmen und unterstützen deswegen eine Initiative der Menschenrechtsorganisation ‚Business Human Rights Ressource Centre‘, darunter Schwergewichte wie der Logistikkonzern Hapag Lloyd, der mir dies auf Anfrage begründet:

Zitator:

Ein Lieferkettengesetz trägt zu mehr Rechtssicherheit bei und schafft einheitliche Wettbewerbsbedingungen unter allen Marktteilnehmern.

Autor:

Aber die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft lehnen ein solches Gesetz nach wie vor ab. Warum gibt es eine solche Diskrepanz zwischen dem Votum einzelner Unternehmen für ein solches Gesetz und der strikten Ablehnung durch ihre Spitzenverbände? Ich frage im Februar 2020 Peter Clever, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes Deutscher Arbeitgeber.

OT Peter Clever:

„Also erstens ist die Unterstellung, die anderen machen sich einen schlanken Fuß schlicht und einfach Unsinn. Und zweitens ist es keine Neuigkeit, dass man immer ganz generell für den Wettbewerb eintritt, wenn er dann aber selber für einen hart wird, sehr gerne nach Regulierung ruft, das gilt ganz generell.“

Autor:

Dazu, dass der Wettbewerb heute die Unternehmen bevorteilt, die auf Kosten von Menschen und Umwelt Profite machen indem sie die Produktion auslagern und damit rechtlich keine Verantwortung für die Zulieferer übernehmen, obwohl sie ökonomisch de facto die Bedingungen diktieren, sagt er nichts.

OT Peter Clever:

„Dass wir für das Verhalten Dritter oder gar staatlicher Stellen deutsche Unternehmen in Haftung nehmen lassen, dass ist absurd.“

Autor:

Ich will von Peter Clever wissen, wie denn seiner Meinung nach den Arbeitenden entlang der Lieferketten am besten geholfen wäre?

OT Peter Clever:

„Wenn wir den Unternehmen nahelegen im Rahmen ihrer Möglichkeiten immer wieder zu schauen, ob tatsächlich auch in ihrem Zuliefererbereich Menschenrechte eingehalten werden oder nicht, sie aber nicht in die Verpflichtung nehmen, die Einhaltung zu erzwingen. Denn das kann nur ein Staat machen.“

Autor:

Aber ist das nicht genau der jetzige Zustand, der wenig Verbesserungen gebracht hat? Wie stellt er sich das vor?

OT Peter Clever:

„Um es mal konkret zu machen. Wenn Sie Rana Plaza als das Ganze Katastrophenbeispiel nehmen aus dem sich ja sehr sehr viel entwickelt hat damals, dann würde ich sagen, ein Vertriebsmitarbeiter, der diese Fabrik gesehen hat, die für 500 oder 600 Leute – ich weiß es nicht ganz genau - gebaut wurde – und da am Ende 4.000 oder 5.000 gearbeitet haben, große Generatoren auf dem Dach waren, die das Haus vibrieren ließen und zum Einsturz gebracht haben. Wenn dort ein Einkäufer vor Ort ist und sieht, da kann irgendwas nicht stimmen, dann erwarte ich von ihm oder von ihr, wenn es eine Einkäuferin ist, dass sie zu den Verantwortlichen geht und sagt: Leute da droht eine große Katastrophe. Hier werden Arbeitsschutzstandards nicht eingehalten, hier wird dieses oder jenes an Gefährdung hingegenommen, dass solltet Ihr Euch jetzt mal anschauen.“

Autor:

Aber in den Unglücksfabriken von Rana Plaza müssen sich die Einkäufer von Unternehmen die Klinke in die Hand gegeben haben und es passierte nichts. Die Argumentation des Bundesverbands der Arbeitgeber scheint kaum noch überzeugend. Jedenfalls gibt es für die Befürworter eines Lieferkettengesetzes Rückenwind.

Atmo: „Menschenrechte überall - bringt die Wirtschaft nicht zu Fall.“

Autor:

Die Juristin Franziska Humbert arbeitet schon lange bei Oxfam für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen entlang der Lieferketten. Sie steht mit anderen Aktivisten im September 2020 vor dem Arbeits- und Sozialministerium. Drinnen suchen Hubertus Heil, Peter Altmaier und Gerd Müller einen Kompromiss. Vor allem eine zivilrechtliche Haftung und eine auf die gesamte Lieferkette bezogene Verantwortung deutscher Unternehmen lehnt Wirtschaftsminister Peter Altmaier weiterhin ab.

OT Franziska Humbert:

„Seitdem wir dafür kämpfen, das ist seit ungefähr acht Jahren, hat sich der Zeitgeist wirklich schon komplett geändert. Und auch wie jetzt in der Öffentlichkeit über das Lieferkettengesetz diskutiert wird, das war vor einem Jahr nicht der Fall. Jetzt ist das in aller Munde, meine Bekannten sprechen mich darauf an. Was ist das Lieferkettengesetz?“

Autor:

Rückenwind kommt auch durch Pläne der EU-Kommission.

OT Anna Cavazzini:

„Wir Europaabgeordnete haben schon seit längerem dafür gekämpft, dass es endlich auch ein europäisches Lieferkettengesetz gibt.“

Autor:

Anna Cavazzini sitzt für die Grünen im Europaparlament und beschäftigt sich dort vor allem mit Handelsfragen.

OT Anna Cavazzini:

„Der Justizkommissar Rynders hat im April ein solches Gesetz angekündigt, für 2021. Und das ist schon einmal ein Riesenfortschritt, ein Riesenschritt nach vorne.“

Atmo PK: Herzlich Willkommen meine sehr geehrten Damen und Herren zum gemeinsamen Statement von Bundesminister Müller und Bundesminister Heil.

Autor:

Rückenwind für ein deutsches Lieferkettengesetz gibt es aber vor allem, weil die Unternehmen offensichtlich versagt haben, die Vereinbarungen freiwillig einzuhalten. Die Ergebnisse einer ersten Befragung großer Unternehmen sprachen eine deutliche Sprache. 3.000 Unternehmen wurden angeschrieben. Minister Gerd Müller trat im Dezember 2019 erkältet vor die Presse.

OT Gerd Müller:

„Zwei Mal wurde nachgefasst, bis letztendlich 464 geantwortet haben, und das Ergebnis: 20 Prozent sind Erfüller, erfüllen in Selbsteinschätzung die Vorgaben. Das Ergebnis zeigt eindeutig: Freiwilligkeit führt nicht zum Ziel, wir brauchen einen gesetzlichen Rahmen.“

Autor:

An seiner Seite Arbeitsminister Hubertus Heil.

OT Hubertus Heil:

„Die Ergebnisse sind so ernüchternd, dass das jetzt aus dem Koalitionsvertrag auch folgt, nämlich, dass wenn zu wenig Unternehmen auf dem freiwilligen Wege diesen Weg gehen, wir auch über gesetzgeberische Verpflichtung nicht nur reden, sondern auch in dieser Legislaturperiode zu einem Gesetz kommen.“

Autor:

Bei den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft hatte man sich das anders vorgestellt. Ich lese in einem vertraulichen Schreiben eines Mitarbeiters des Bundesverbands der Deutschen Industrie an einen Beamten im Bundeswirtschaftsministerium:

Zitator:

Aus meiner Sicht wird es nun zunächst darauf ankommen, dass die erste Erhebung im Jahr 2019 als sogenannte „lernende Phase“ genutzt wird. (...) Dazu erscheint mir im Sinne des angestrebten Lernens aus der ersten Erhebungsphase als zentral, dass die Ergebnisse der Unternehmensbefragung im Jahr 2019 nicht politisch instrumentalisiert werden.

Autor:

Müller und Heil mussten erst einmal zurückstecken. Sie präsentierten – anders als gewollt – nicht bereits im Februar Eckpunkte für ein Gesetz. Die Bundesregierung wollte erst eine zweite Befragung abwarten. Deren Ergebnis im Juli bestätigt die erste Umfrage. Aber mittlerweile haben die Folgen der Schutzmaßnahmen gegen Corona große Teile der Wirtschaft lahmgelegt. 2020 wird es den größten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit geben. In einer solchen Situation könne man doch nicht auch noch der Wirtschaft Zusatzlasten durch ein Lieferkettengesetz aufbrummen, sagen die Wirtschaftsverbände. Aber es geht doch nur darum, Managementverfahren einzurichten und die wesentlichen Risiken zu identifizieren und zu begrenzen. Das verursache keine „gigantischen Kosten“, sagt der Ökonom Achim Truger, Mitglied im Sachverständigenrats der „Wirtschaftsweisen“. Er verweist auf eine Studie der EU-Kommission. Sie schätzt die Ausgaben für die relevanten Unternehmen auf weniger als 0,01 Prozent des Umsatzes. Aber Unternehmen können knausrig sein, wenn es um die Lieferketten geht.

Atmo* Fahrräder, Surren, Treten, Klingeln, Vögel, Hupe, Motorrad*Autor:**

Sommer 2019 in Bangladesch. Eine Stadtvilla hinter hohen Mauern. Drei Textilunternehmer empfangen die Gäste zu einem Abendessen. In den Exportfabriken im Land hat sich viel getan seit Rana Plaza. Die Unternehmen haben in Sicherheit und teils auch in eine nachhaltige Produktion investiert. Ich will wissen, ob sie deswegen von ihren Auftraggebern eine höhere Marge erhalten?

Atmo Unternehmer:

How is the business situation for you because one issue always was the margin – Yes – the companies - is there any change after Rana Plaza? – No – But I think that since 2011 continuously the price has deepened.

Übersetzer:

Nein - seit 2011 sinken die Preise kontinuierlich.

Atmo: They want us to do all kinds of improvements that is require for social, environmental and other compliance.

Übersetzer:

Sie verlangen alle, dass wir alle möglichen Verbesserungen für die Einhaltung sozialer, ökologischer und anderer Vorschriften vornehmen.

Autor:

Sagt ein Textilunternehmer und ein anderer erklärt.

Atmo Unternehmer:

„The volume is growing but a negative returns.“

Übersetzer:

Wir produzieren mehr, aber die Gewinne schrumpfen.

Atmo NGO

Autor:

Braucht es höhere Margen für die Unternehmer, damit sie den Näherinnen bessere Löhne zahlen können? Ich frage Khushi Kabir, die sich als Feministin und Sozialaktivistin mit der Textilindustrie in Bangladesch beschäftigte, in der Millionen Frauen arbeiten.

OT Kushi Kabir:

„One okay is the margin (...)

Übersetzerin:

Die Marge ist das Eine. Darüber reden sie immer. Natürlich können sie versuchen, höhere Margen zu erreichen. Aber ich will, dass sie die Löhne der Arbeiter jetzt erhöhen. Dein Profit wird dadurch ein wenig sinken, aber Du wirst nicht arm werden, nicht dein Geschäft oder deinen Gewinn verlieren.

(...) loose your business or your profits.“

Autor:

Die ergraute Frauenrechtlerin ist eine moralische und unerschrockene Instanz in Bangladesch.

Ob sich nicht zumindest die Arbeitsbedingungen in puncto Sicherheit verbessert haben in den für den Export tätigen Textilfabriken, will ich wissen.

OT Khushi Kabir:

„Partly, partly. (...)“

Übersetzerin:

Teils, teils. Sie geben Arbeit raus. Ich habe Menschen getroffen, die bei Sublieferanten arbeiten, die keinen Regeln folgen. Frauen werden sexuell belästigt. Es gibt keinen Arbeitsvertrag. Nichts. In den Exportzonen, in den speziellen Wirtschaftszonen, wo die Leute kontrollieren und schauen, da wird die Fassade erzeugt, als ob alle die Regeln befolgt würden.

(...) have the facade of having to compliance.“

Autor:

Deswegen ist es so essentiell, dass ein Gesetz die kompletten Lieferketten umfasst. Ansonsten wird die Ausbeutung verschoben, indem die Lieferkette verlängert wird in den informellen und grauen Bereich. Dort wo schon heute unzählige Menschen ungeschützt arbeiten. In einer vertraulichen Stellungnahme der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft an die AG Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung lese ich:

Zitator:

„Vor dem Hintergrund der Komplexität von globalen Lieferketten ist es sinnvoll, gesetzliche Pflichten praxisnah auf die erste Zulieferstufe der Lieferkette zu beschränken.“

Autor:

Also nicht ihre Verlängerung in den Blick zu nehmen. Außerdem soll ein Lieferkettengesetz nicht für alle Länder gelten. Auf einer Whitelist sollen die Ausnahmen festgehalten werden.

Zitat:

„Diese White-List sollte mindestens Mitgliedsländer des Europäischen Wirtschaftsraums, Länder mit denen EU-Freihandelsabkommen bestehen sowie die USA, Kanada und UK umfassen.“

Autor:

Freihandelsabkommen hat die EU aber auch mit Ägypten, Kolumbien, Honduras oder der Türkei, wo Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind. Mit ihren Argumenten finden die Verbände im Wirtschaftsministerium allerdings weiter Gehör. Es steht auf der Bremse beim Lieferkettengesetz, vor allem wegen der vorgesehenen zivilrechtlichen Haftung. Aber alles andere, wäre ein Witz, verstehe ich Michael Windfuhr richtig, den Vizedirektor des Deutschen Instituts für Menschenrechte.

OT Michael Windfuhr:

„Ein Gesetz, was nur beschreibt: nutze kein Handy beim Autofahren, ohne ein Strafgeld dabei, würde ja auch im Alltag kaum funktionieren.“

Autor:

Er hält die Befürchtungen für übertrieben.

OT Michael Windfuhr:

„Die Angst vieler Unternehmen ist ja auch, wenn da irgendwo in meiner Lieferkette ein Kind entdeckt wird, was arbeitet, muss ich dafür eine riesige Strafe zahlen. Ich glaube darauf kommt es nicht an.“

Autor:

Entscheidend sei, dass Unternehmen die notwendige Sorgfalt in den Lieferketten walten ließen.

OT Michael Windfuhr:

„Und trotzdem wird man bei vielen hunderten, tausenden Lieferanten nicht alle Risiken ausschließen können. Ja, aber wichtig ist, dass ich selber mir die gebotene Mühe gemacht habe, das zu identifizieren. Wenn ich dann einen Beschwerdemechanismus habe, und da kommt auf einmal raus, da gibt es doch im Werk xy systematische Belästigung von Minderheiten, oder ich habe Kinderarbeit in einer vorgelagerten Baumwollproduktion oder, oder – dann muss ich halt als Unternehmen das adressieren. Ich bin dann nicht sofort haftbar für den Schaden, sondern ich bin dafür haftbar, wenn ich nichts dagegen tue, obwohl ich es weiß.“

Atmo: „Menschenrechte überall - bringt die Wirtschaft nicht zu Fall.“

Autor:

Was die Minister Heil und Müller wollen, lese ich in den unveröffentlichten Eckpunkten des Gesetzes, die mir jemand zusteckt: Gelten soll das Gesetz für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern. Die Verantwortung soll sich auf die gesamte Lieferkette erstrecken. Geplant ist eine zivilrechtliche Haftung. Künftig könnten Beschäftigte ausländischer Zulieferer leichter vor einem hiesigen Gericht gegen den deutschen Auftraggeber klagen. Wenn Unternehmen gegen das Gesetz verstoßen, sollen sie eine Zeitlang von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Eine Bundesbehörde soll Hinweisen auf Verstößen gegen das Gesetz nachgehen.

Atmo: Umweltrecht überall – bringt die Wirtschaft nicht zu Fall.

Autor:

Bei der Protestaktion vor dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales der Initiative Lieferkettengesetz treffe ich im September Heike Drillisch vom Netzwerk für Unternehmensverantwortung. Sie war in den vergangenen Jahren regelmäßig in Genf, wo im UN-Menschenrechtsausschuss an Regelungen für Unternehmen gearbeitet wird, die über die bisherigen nationalen und das geplante europäische Lieferkettengesetz hinausgehen soll. Es geht um den sogenannten Treaty.

OT Heike Drillisch:

„Ja, den braucht es auf jeden Fall und ich hoffe und gehe davon aus, dass wenn wir ein deutsches Gesetz haben, die Bundesregierung endlich auch auf UN-Ebene aktiv wird. Denn natürlich ist es am sinnvollsten, wenn sämtliche Unternehmen in allen Ländern die gleichen Pflichten haben, menschenrechtliche und ökologische Sorgfalt walten zu lassen. Wir wollen ja vor allem, dass Deutschland jetzt als Vorreiter vorangeht, als eine der großen starken Wirtschaftsmächte und setzen aber natürlich darauf, dass dies auch auf anderen Ebenen verankert wird. Und auch auf UNO-Ebene. Es arbeitet ja auch die Zivilgesellschaft in vielen, vielen Ländern daran, dass das der Fall wird.“

Atmo:

*„Was wollen wir? Lieferkettengesetz
Wann wollen wir das? Jetzt (Klatschen)“*

Absage:

Gesetz gegen Ausbeutung

Sollen Unternehmen für ihre Lieferketten Verantwortung übernehmen?

Ein Feature von Caspar Dohmen

Die Sprecher waren: Marit Beyer, Bernt Hahn, Benedikt Reidenbach und Jörg Pauly

Ton und Technik: Karl-Heinz Runde und Claudia Peycke

Regie: Günter Maurer

Redaktion Wolfram Wessels

Autor:

Laut einer repräsentativen Umfrage von September 2020 befürworten 75 Prozent der Bundesbürger ein Lieferkettengesetz. Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer bezeichnet es wenig später als „weltfremd“. Entwicklungsminister Gerd Müller macht Zugeständnisse an den Mittelstand: Wirtschaftsminister Peter Altmaier gehen sie nicht weit genug. Angesichts der Blockade ist es offen, ob diese Bundesregierung noch über das Gesetz entscheiden wird.

Absage:

Produktion: Südwestrundfunk 2020